

Regierungsratsbeschluss

vom 13. Juni 2017

Nr. 2017/990

Geschäftsbericht 2016

Bericht über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse 2016

Stellungnahme des Regierungsrates zum Änderungsantrag zum Beschlussesentwurf 2 der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Juni 2017 zur Kantonsratsvorlage SGB 0082b/2017

1. Erwägungen

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) unterbreitet mit Datum vom 1. Juni 2017 zum Beschlussesentwurf 2 (Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse vom 31. Dezember 2016) zu einem Auftrag des Bau- und Justizdepartementes einen anderslautenden Antrag bezüglich Bearbeitungsstandes:

Ziffer 1 soll lauten:

1. Der Bericht des Regierungsrates vom 28. März 2017 über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge am 31. Dezember 2016 wird unter Vorbehalt der Ziffer 1.1 genehmigt.
 - 1.1 Bau- und Justizdepartement
 - 1.1.1 Auftrag vom 24. Mai 2015: Alternativen bei der Verbreiterung der A1 zwischen Luterbach und Härkingen (Markus Ammann, SP): unerledigt.

2. Erwägungen

Dem Änderungsantrag der GPK kann zugestimmt werden.

3. Beschluss

Dem Änderungsantrag der GPK kann zugestimmt werden.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilagen

Änderungsantrag der GPK vom 1. Juni 2017

Verteiler

Departemente (5)

Staatskanzlei

Aktuarin Geschäftsprüfungskommission

Parlamentsdienste (2)

Traktandenliste Kantonsrat